

Wahlanalyse

Die Europawahl in Deutschland am 26. Mai 2019

Vorläufiges Wahlergebnis

Viola Neu



Inhaltsverzeichnis

Die Europawahl in Deutschland **3**

- 1. Das Wahlergebnis in Deutschland 3
- 2. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Deutschland 4
- 3. Wählerwanderung und Sozialstruktur 7

Die Europawahl in Deutschland¹

1. Das Wahlergebnis in Deutschland²

Bereits im Vorfeld der Wahl war absehbar, dass die **Wahlbeteiligung** ansteigen würde. Die Europawahl hat ihren Charakter als nationale und bundespolitische Nebenwahl verloren. Dies war seit 1979 maßgeblich für das Wahlverhalten. Die Wahlbeteiligung ist von 48,1 auf 61,4 Prozent angestiegen. Nur bei der ersten Europawahl 1979 (65,7) und 1989 (62,3) lag die Wahlbeteiligung höher. Ob dies auch mit einer gestiegenen Wahlbeteiligung jüngerer Wähler zu erklären ist, ist durchaus wahrscheinlich, kann aber erst mit den entsprechenden Ergebnissen des Bundeswahlleiters geklärt werden.

Bei Europawahlen gibt es dennoch Trends: Volksparteien haben es gegenüber kleineren und Protestparteien schwerer. Dies trifft Union und SPD besonders stark. Beide verzeichnen historisch niedrige Wahlergebnisse.

Die **Union** kommt auf 28,9 Prozent. Obwohl sie damit ihre Stellung als stärkste deutsche Partei bekräftigt, markiert das Ergebnis gleichzeitig ihr schwächstes Ergebnis bei Europawahlen. Insgesamt verliert die Union 6,5 Punkte. Sie wird 29 Parlamentarier (-5) entsenden. Zweistellige Verluste hat die Union in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen.

Die **SPD** erhält ebenfalls ihr schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl. Sie kommt auf 15,8 Prozent und büßt 11,4 Punkte ein. Die SPD stellt 16 Mandate (-11). Überdurchschnittlich stark fallen die Verluste in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hamburg aus.

Die **Grünen** gewinnen 9,8 Punkte hinzu und erreichen 20,5 Prozent der Wähler. Dies markiert das beste Ergebnis der Partei bei einer bundesweiten Abstimmung. Die Grünen gewinnen 10 Mandate hinzu und werden von 21 Abgeordneten vertreten. Die höchsten Zugewinne fallen in Schleswig-Holstein und Hamburg an.

Die **AfD** kommt mit einem Plus von 3,9 Punkten auf 11,0 Prozent. Damit schneidet sie schlechter ab als bei der Bundestagswahl 2017 (12,6 Prozent). Die AfD erhält 11 Sitze (+4). In Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt gewinnt die AfD sehr deutlich hinzu. Aber auch in Berlin und Brandenburg sind die Zugewinne weit überdurchschnittlich. Die AfD ist in den neuen Ländern mit 19,6 Prozent mehr als doppelt so stark wie in den alten (8,8 Prozent).

Die **Linke** verliert 1,9 Punkte und erreicht 5,5 Prozent. 5 Parlamentarier (-2) repräsentieren die Linke im neuen Parlament. Die Linke verliert überdurchschnittlich stark in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Wie die AfD ist sie in den neuen Ländern mit 12,7 Prozent wesentlich stärker als in den alten (3,7 Prozent). Damit haben sich die Unterschiede seit der Bundestagswahl 2017 wieder deutlich verstärkt.

Die **FDP** gewinnt 2,1 Punkte und wird von 5,4 Prozent der Wähler unterstützt. Die FDP gewinnt 2 Mandate hinzu und kommt auf 5 Abgeordnete.

Nachdem bereits bei der letzten Europawahl keine Sperrklausel mehr galt (rechnerisch liegt diese bei ca. 0,5 Prozent), hat dies bei dieser Wahl verstärkt zur Unterstützung der „**sonstigen Parteien**“ geführt. Die „sonstigen Parteien“ kommen auf 12,9 Prozent (+4,0 Punkte) und 9 Mandate. Die Mandatsgewinner

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

² Auf Basis des vorläufigen Ergebnisses gibt es noch Differenzen in den Berichten der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap bei der Berechnung des Wahlergebnisses in den alten und neuen Ländern. Als Quelle wird hier Infratest dimap zitiert.

sind sehr unterschiedlicher Herkunft und reichen von der traditionell unter den kleinen Parteien erfolgreichen „Familienpartei“, den Freien Wählern, die derzeit in Bayern an der Landesregierung beteiligt sind, den Piraten, die in Landesparlamente eingezogen waren, der bei Volksentscheiden in Bayern erfolgreichen ÖDP, der Tierschutzpartei über die neue Volt-Partei und die „Satirepartei“ DIE PARTEI. Die NPD, die bei der letzten Europawahl noch ein Mandat gewann, wird nicht mehr ins Parlament einziehen. Die Partei DIE PARTEI wird mit zwei Mandaten (2,4 Prozent) ebenso wie die Freien Wähler (2,2 Prozent) im Europäischen Parlament vertreten sein. Alle anderen Parteien erhalten ein Mandat. Die größten Zugewinne haben die „sonstigen“ Parteien in Hamburg und Berlin, wo kleinere Parteien traditionell gut abschneiden.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses

Die Europäische Union, die Arbeit der Institutionen, aber auch die Europawahlen werden von den Bürgern zumeist von höflichem Desinteresse begleitet. Dabei zeigt sich gleichermaßen, dass ein nicht unerheblicher Teil der medialen Öffentlichkeit negative Inhalte diskutiert. Dennoch sind die Einstellungen der Europäer und der Deutschen gegenüber der EU alles in allem positiv, wie das Eurobarometer z.B. vom Herbst 2018 und vom Frühjahr 2019 dokumentiert.

Die Deutschen gelten traditionell als europafreundlich. Gab es auch während der Flüchtlingskrise eine Eintrübung im Meinungsklima, haben die Deutschen wieder ein positives Bild von der EU. Während im Frühjahr 2016 gerade einmal 29 Prozent ein positives Bild von der EU hatten, liegt der Wert im Herbst 2018 bei 47 Prozent. 70 Prozent der Deutschen glauben, dass ihre Stimme in der EU zählt. Auch dies ein im Vergleich zum europäischen Durchschnitt von 49 Prozent sehr hoher Wert. Weitere 63 Prozent der Deutschen bewerten zudem die Zukunft der EU optimistisch (EU Mittelwert: 58 Prozent) (Eurobarometer Herbst 2018). Im Frühjahr 2019 wurde europaweit und in Deutschland die höchste positive Beurteilung seit langem gemessen. 61 Prozent aller Europäer bewerten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU positiv, in Deutschland liegt der Anteil bei 76 Prozent. Gleich viele Deutsche sehen Vorteile Deutschlands durch die Mitgliedschaft in der EU. Dabei fühlen sich die Deutschen in besonderem Maße durch das Gefühl, Europäer zu sein und die EU als solche zu unterstützen, motiviert, zur Wahl zu gehen (jeweils 34 Prozent der Deutschen und ca. ein Viertel im EU-Durchschnitt; Eurobarometer Frühjahr 2019).

Für diese Werte gibt es sicherlich viele Ursachen, aber ohne die Veränderungen im internationalen Gefüge ist die tiefe Verankerung der EU in den Einstellungen schwerlich zu verstehen. Das tägliche Brexit-Chaos, die Unkalkulierbarkeit vieler geopolitischer Krisen und der in Deutschland nicht auf Wertschätzung stoßende Habitus des amerikanischen Präsidenten haben auf die wachsende positive Sicht auf die EU einen Einfluss.

Dabei unterscheiden die Deutschen auch sehr klar zwischen Politikbereichen, welche sie auf nationaler Ebene oder auf europäischer Ebene behandelt sehen möchten. 82 Prozent möchten den Klimaschutz und 77 Prozent die Flüchtlingspolitik in erster Linie auf europäischer Ebene behandelt sehen. Bei der Sozialpolitik sehen sie die jeweilige nationale Regierung stärker in der Verantwortung (67 Prozent, Forschungsgruppe Wahlen).

Daher steht die Wahl zum Europäischen Parlament 2019 nicht unter der Parole „und ewig grüßt das Murmeltier“, nach der die Wahlen maximal den Charakter einer nationalen Nebenwahl haben und viel Platz für politischen Protest und Experimentierfreude lassen. Auch die Gleichgültigkeit und das Desinteresse haben merklich nachgelassen. Was geblieben ist, ist die größere Neigung, kleine Parteien zu wählen, was durch den Wegfall einer Sperrklausel auch durchaus die Aussicht hat, ein oder mehrere Mandate im Europäischen Parlament zu gewinnen. Zu den bleibenden Trends der Europawahl gehört

daher auch im Umkehrschluss, dass die Volksparteien eher schlechter als bei nationalen Wahlen abschneiden.

Europawahl keine nationale Nebenwahl

Dass die Europawahl zum ersten Mal seit 1979 nicht als klassische nationale Nebenwahl bewertet werden kann, zeigen mehrere Indikatoren. Zum einen war das Interesse an der Europawahl sehr stark. 64 Prozent bekunden kurz vor der Wahl Interesse. 2009 lag der Vergleichswert bei 30 Prozent; 2014 bei 40 Prozent. Hinzu kommt, dass die Bundespolitik für die Wahlentscheidung nicht wichtiger war. (Vermutlich) zum ersten Mal³ hat es einen Umschwung gegeben. Bei den Wahlen von 2004 bis 2014 nennt eine Mehrheit von 57 bis 54 Prozent die Bundespolitik als wichtiger für die Wahlentscheidung. 2019 markiert eine Trendumkehr: 57 Prozent sagen, die Europapolitik sei wichtiger für die Wahlentscheidung (38 Prozent benennen die Bundespolitik). Einen sichtbaren Kompetenzzuwachs hat zudem das Europaparlament erfahren. Die Entscheidungen des Europaparlaments finden 71 Prozent 2019 wichtig, gegenüber 56 Prozent 2014. Abgeschwächt sind auch antieuropäische Stimmungen. Sagten 2014 noch 40 Prozent, der Einfluss der EU auf Entscheidungen in der EU sei „zu viel“, ist der Anteil auf 30 Prozent gesunken. 48 Prozent bewerten den EU-Einfluss als „gerade richtig“ und weitere 16 Prozent als „zu wenig“. Eng damit verbunden ist die Bewertung der EU-Mitgliedschaft, bei der die Vor- die Nachteile weit überwiegen (55:10 Prozent) (Forschungsgruppe Wahlen).

Aktuelles Meinungsklima von Umwelt- und Klimapolitik dominiert

Das gewachsene Gewicht der EU für politische Problemlösungen sowie eine deutliche Verschiebung der politischen Agenda in den letzten Wochen erklären das Wahlergebnis zu einem erheblichen Teil. Dabei hat das Thema „Umwelt- und Klimaschutz“ für die Wahlentscheidung bei der Europawahl eine große Rolle vor allem für das Abschneiden der Grünen gespielt. Drei wesentliche Momente kommen dabei zusammen: Umwelt- und Klimaschutz dominieren derzeit die politische Agenda in Deutschland und in Europa und die Grünen haben hier ihre angestammte Problemlösungskompetenz und Glaubwürdigkeit. Zudem hat die Lösung des Problems für viele Bürger eine klare europäische Dimension.

Anfang des Jahres wurde das Umwelt/Klima/Energie-Thema mit 10 Prozent der Nennungen noch nicht für sehr wichtig erachtet. Damals lag das Flüchtlingsthema mit 39 Prozent der Nennungen noch weit vorn. Nach und nach hat sich die politische Agenda hingegen verschoben, sicherlich auch eine Reaktion auf die Klimaschutzdiskussion, die von der Bewegung „Fridays for Future“ mit initiiert wurde. Im Mai hat sich das Themenfeld mit 30 Prozent Nennungen auf Platz eins der wichtigsten Probleme geschoben und damit das Flüchtlingsthema mit 29 Prozent Nennungen überrundet. Dies wird von dem Eindruck begleitet, dass zu wenig für dieses Thema getan würde (68 Prozent) (Forschungsgruppe Wahlen).

Unmittelbar vor der Europawahl nennen 48 Prozent das Thema als wichtig für die Wahlentscheidung. Damit ist ein Zuwachs von 28 Punkten gegenüber 2014 zu verzeichnen. Gleichermaßen sagt eine Mehrheit von 88 Prozent, dieses Themenfeld soll eher auf der europäischen Ebene als auf der nationalen Ebene bearbeitet werden (Infratest dimap).

Als drittes Element kommt die klassisch angestammte Problemlösungskompetenz der **Grünen** hinzu. 59 Prozent nennen beim Klimaschutz die Grünen (Forschungsgruppe Wahlen). Und für die seit Ende 2017 langsam und seit Herbst 2018 deutlich anwachsende Anhängerschaft der Grünen ist das auch das wahlentscheidende Thema. So nennen 88 Prozent Klima- und Umweltschutz bei der Frage nach den wichtigen Themen für die Wahlentscheidung. Doch auch für andere Wählerschaften ist das Thema nicht unwichtig. Knapp die Hälfte der Linken und der SPD-Anhänger nennen das Themenfeld sowie 41

³ Vergleichsdaten liegen bis 2004 vor.

Prozent der Unionsanhänger. Lediglich bei AfD und FDP nennt nur ca. ein Fünftel das Thema (Infratest dimap).

Durch die aktuelle Verschiebung auf der **politischen Agenda**, hatten Union und SPD Probleme, Wähler zu mobilisieren, doch sind die Ursachen unterschiedlich. Die Union profitiert davon, dass sie insgesamt auf europäischer Ebene eine hohe Lösungskompetenz hat. 28 Prozent nennen die Union als die Partei, die eine Europapolitik in ihrem Sinn vertritt. Hier kommt die SPD auf 14 und die Grünen auf 13 Prozent. Hat die Union ihre unbestrittene Kompetenz auf dem Feld der Wirtschaftspolitik (37 Prozent Union; 9 Prozent SPD; 4 Prozent Grüne; Forschungsgruppe Wahlen), so spielte dieses Thema bei der Europawahl keine Rolle. Gerade einmal 19 Prozent (-5 Punkte gegenüber 2014) nennen dieses Thema und selbst in den Reihen der Unionswähler ist der Anteil mit 20 Prozent etwa gleich groß. Hier liegen vor allem die Interessen der Wähler der Liberalen, für die mit einem Anteil von 64 Prozent das Politikfeld mit Abstand die größte Bedeutung hat (Infratest dimap). Vor dem Hintergrund einer nach wie vor positiven Bewertung der wirtschaftlichen Lage und der individuellen ökonomischen Situation ist dies nicht weiter verwunderlich. Zum Beispiel sind 73 Prozent der Deutschen der Ansicht, Deutschland gehe es im Vergleich zu den westeuropäischen Nachbarn wirtschaftlich besser (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Unionsanhängerschaft wie die SPD-Anhängerschaft haben im Unterschied zu anderen Anhängerschaften bei dieser Wahl ein wenig ausgeprägtes Themenprofil. Bei beiden sind Umwelt- und Klimaschutz, soziale Sicherheit (etwas mehr Anhänger der SPD, besonders wichtig für die Anhänger der Linken) sowie Friedenssicherung (etwas mehr Anhänger der Union) besonders wichtig. Zuwanderung (das Themenfeld der AfD-Anhänger) sowie Wirtschaftswachstum (das Themenfeld der FDP-Anhänger) spielen hingegen kaum eine Rolle (Infratest dimap). Da die Sozialpolitik als nationales Thema verstanden wird, kann die SPD von ihrer nach wie vor vorhandenen (wenn auch schwächer als früher verankerten) Kompetenz nicht profitieren.

Auf die Frage, wer eine moderne, bürgerliche Politik vertrete, nennen 20 Prozent die Grünen, 19 Prozent die Union. Hier stimmen auch 53 Prozent der Unionsanhänger zu und fast alle Grünen-Anhänger (97 Prozent). Auch wenn keine Vergleichsdaten vorliegen, wäre die Zustimmung in beiden Anhängerschaften noch vor zehn Jahren eher unwahrscheinlich. Ein weiteres Imagefeld, bei dem alle Wähler, aber auch ein großer Teil der Unionsanhänger Kritik üben, ist die Frage nach traditionell-konservativen Positionen. Dass diese in den letzten Monaten eine zu große Rolle spielten, sagen 66 Prozent aller Befragten und 56 Prozent der Unionsanhänger. Umgekehrt stimmen nur 40 Prozent aller und 36 Prozent der SPD-Anhänger der Aussage zu, dass linke Positionen in den letzten Monaten bei der SPD eine zu große Rolle gespielt hätten (Forschungsgruppe Wahlen).

Auf das Wahlergebnis wenig Einfluss hatten die europäischen wie die nationalen **Spitzenkandidaten** (was im letzteren Fall bei der Union mit Manfred Weber identisch ist). So können 64 Prozent die beiden europäischen Spitzenkandidaten Manfred Weber und Frans Timmermans nicht bewerten (Infratest dimap). Dies ist nicht neu. Europäische Spitzenpolitiker, die skandalfrei Politik betreiben, spielen für die Bürger eine nicht wahrgenommene Rolle. Ob die in ihrer Realisierung komplexe Frage, wer Präsident der Kommission werden könnte, eine Rolle spielte, bleibt offen, ist jedoch eher unwahrscheinlich. Am Ende des Wahlkampfes gelingt es Manfred Weber, seine Bewertung deutlich zu verbessern, und er kommt auf einen guten Wert von 1,4 (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala). Zudem kann die CSU in Bayern zulegen, was als bayerischer Kandidateneffekt gewertet werden kann, auch wenn bei der Bewertung des Spitzenkandidaten keine Daten aus Bayern vorliegen. Katarina Barley verbessert sich hingegen von 1,0 auf 1,1, was angesichts ihrer Position als Bundesministerin und Spitzenkandidatin nicht auf einen größeren Effekt der Wahlkampagne deutet.

Einen Einfluss auf das Wahlergebnis könnten veränderte Präferenzen in den **Altersgruppen** haben. Dies muss zwar an dieser Stelle spekulativ bleiben, doch könnten sich dahinter langfristig bedeutsame

Veränderungen in der Parteienlandschaft andeuten (die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik werden vom Bundeswahlleiter voraussichtlich im September 2019 publiziert). Bislang hat die Wahlbeteiligung eine gewisse Pyramidenform: Je jünger Wähler sind, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Das war auch 2014 so⁴. Bei dieser Europawahl ist das Interesse an der Wahl in allen Altersgruppen sehr groß. Von den 18-34-Jährigen bekunden 65 Prozent Interesse und damit gleich viele wie in der Altersgruppe der über 65-Jährigen (Infratest dimap). Da Interesse an einer Wahl ein guter Indikator für die Vorhersage der Wahlbeteiligung ist, welche um 13,3 Punkte gestiegen ist, könnte es sein, dass ein Teil auf ein verändertes Wahlverhalten jüngerer Wähler zurückzuführen ist.

Die positive Stimmung gegenüber der EU wird von der AfD-Anhängerschaft in keinem Punkt geteilt, dabei spielt es keine Rolle, wonach gefragt wird. So sehen z.B. 63 Prozent aller Befragten in der EU-Mitgliedschaft eher Vorteile (Infratest dimap, etwas andere Werte Forschungsgruppe Wahlen); der entsprechende Anteil unter den AfD-Wählern beträgt 15 Prozent. In der Wählerschaft der AfD versammeln sich demnach alle, die eines der vielen „Antis“ teilen. In diesem Fall Anti-Europa-Anhänger.

3. Wählerwanderung und Sozialstruktur⁵

Die Wählerwanderungsbilanzen bei Europawahlen werden nicht im Vergleich zur letzten Europawahl gerechnet, sondern immer im Vergleich zur letzten Bundestagswahl. Dies liegt daran, dass ein Teil der Berechnung auf der Rück Erinnerung der Wähler beruht, welche im Falle der letzten getroffenen Entscheidung bei der Europawahl 2014 schwach ausgeprägt ist.

Da die Wahlbeteiligung mit 61,4 Prozent deutlich unter der der Bundestagswahl 2017 liegt (76,2 Prozent), haben alle Parteien deutlich Stimmen durch Wahlenthaltung verloren. Dies gilt nicht für die Grünen, die einen minimalen Gewinn aus dem Nichtwählerlager haben und die sogenannten „sonstigen“ Parteien, deren Ergebnisse bei der Bundestagswahl (sofern sie kandidierten) niedriger ausfallen.

Zu Hause blieben 2,4 Millionen Wähler der Union, 2,0 Millionen der SPD, 1,9 Millionen der AfD, 1,6 Millionen der FDP sowie knapp 1,0 Millionen der Linken.

Die **Wählerwanderungen folgen nicht vermeintlichen ideologischen Lagern**. Dies wird besonders deutlich an den Zuwächsen der Grünen, die lediglich an die „sonstigen“ Parteien einige Stimmen (240.000) abgeben. Von der SPD wechseln 1.250.000 Wähler zu den Grünen, dicht gefolgt von der Union, die 1.110.000 Wähler abgibt. 610.000 ehemalige Linken-Wähler entscheiden sich für die Grünen und die FDP steuert 480.000 Wähler zum grünen Wahlerfolg hinzu. Selbst von der AfD wandern 70.000 Wähler ab.

Sieht man von den „Verlusten“ an die Wahlabstinenten ab, sind somit die Grünen bei allen Parteien die Partei, an die die größten Abwanderungen zu verzeichnen sind (außer bei der AfD). Von der Wechselbereitschaft gibt es bei der Europawahl einen eindeutigen Gewinner. Ein solcher Trend ist ungewöhnlich, gleichen sich Gewinne und Verluste doch normalerweise heterogener aus.

Im Einzelnen: Die **Union** verliert 1.110.000 Wähler an die Grünen, 590.000 an die „sonstigen“ und 230.000 an die AfD. Von der FDP kann sie 210.000 Wähler mobilisieren.

⁴ In der ältesten Wählergruppe über 70-Jährige sinkt sie wieder leicht ab und in der Altersgruppe der 21-24-Jährigen war sie am niedrigsten.

⁵ Die Wählerwanderungsbilanz basiert auf Berechnungen von Infratest dimap. Bei der Sozialstruktur werden Daten der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest dimap verwendet.

Von der **SPD** wechseln 1.250.000 Wähler zu den Grünen, 360.000 zu den „sonstigen“ Parteien und 20.000 zur AfD. Sie kann jedoch auch Wähler hinzugewinnen: 100.000 von der Linken, 80.000 von der FDP und 20.000 von der Union.

Die **Linke** verliert etwa gleich viele Wähler an die Grünen (610.000) sowie an die „sonstigen“ Parteien (570.000). Die SPD wird von 100.000 ehemaligen Linken-Wählern gewählt und die AfD von 70.000. Von der Union gewinnt sie 20.000 Stimmen.

Die **FDP** hat die größten Verluste gegenüber den Grünen (480.000 Stimmen) sowie den „sonstigen“ Parteien (420.000). An die CDU gibt sie 210.000 Wähler ab und 110.000 Wähler entscheiden sich für die AfD.

Die **AfD** gibt 230.000 Stimmen an die „sonstigen“ ab und 70.000 an die Grünen. Von der Union kommen 220.000 Wähler, von der FDP 110.000, von der Linken 70.000 und von der SPD 20.000.

Die **sonstigen** Parteien sind eine politisch heterogene Zusammensetzung, von denen es sieben Parteien gelungen ist, ein bzw. zwei Mandate zu gewinnen. Daher bekommen sie auch von allen Wählerschaften Zuspruch: Von der Union 590.000, der Linken 570.000, der FDP 420.000, der SPD 360.000, den Grünen 240.000 und der AfD 220.000.

Bei der **sozialstrukturellen** Verteilung der Wähler gestalten sich manche alte Muster in neuer Deutlichkeit. Andere typische Verhaltensmuster bleiben hingegen konstant (z.B. konfessionelles Wahlverhalten oder Wahlverhalten nach Bildungsniveau).

Die Unions- und SPD-Anhängerschaft wird von älteren Wählern dominiert. Beide sind umso erfolgreicher, je älter die Wähler sind. Dieser Zusammenhang ist zwar nicht neu, doch ist das Abschneiden in den jüngeren Altersgruppen extrem niedrig. Die Union hat zwar in den jüngsten Altersgruppen normalerweise weniger Zuspruch als in den älteren, doch kann sie dort trotzdem stärkste Partei werden. Mit einem Anteil von 13,9 Prozent ist sie davon jedoch weit entfernt. Auch bei den Grünen ist der Zusammenhang von Alter und Wahlentscheidung nicht neu. Doch sie sind mit 30,7 Prozent in der jüngsten Altersgruppe (unter 30-Jährige) die mit Abstand stärkste Partei. Bei den Grünen fällt zudem der große Rückhalt in der Altersgruppe der unter 29-jährigen Frauen auf. Hier kommen sie auf 37,9 Prozent. Dies ist der größte Rückhalt, den sie in einer Wählergruppe besitzen. Aber auch in den Großstädten (über 100.000 Einwohner) sind die Grünen mit 26,1 Prozent die stärkste Partei, während die Union in kleineren Gemeinden (bis 5.000 Einwohner) mit 35,9 Prozent besonders stark ist. Bei den anderen Parteien fällt das Stadt-Land-Gefälle weniger ins Gewicht (Forschungsgruppe Wahlen).

Während die Union besonders stark vom Rückgang in den jüngsten Altersgruppen betroffen ist, verteilen sich die Verluste der SPD deutlich homogener auf alle Sozialstrukturen.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Köhler

Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
T +49 30 / 26 996-3550
thomas.koehler@kas.de

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung
und Teamleiterin Empirische Sozialforschung
Politik und Beratung
T +49 30 / 26 996-3506
viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)